

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Vertriebspreis: 25 Pf.
Für Nachdruck: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung 1.00 Mark.
Einzelnummern 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Zeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertengebühr 10 Pf., Zusam. Ausdr. 10 Pf., Zusam. Ausdr. 10 Pf., Zusam. Ausdr. 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Wartenbergstr. 38/42,
Dresden u. Berlin am Altes Rathaus in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unrechtmäßige Entnahmen werden nicht verantwortet.

Der Verkehrsstreik in England gescheitert.

Die Regierung verlangt Streikabbruch als Voraussetzung jeder Verhandlung

Abbruch der Pariser Luftverhandlungen. — Der Streik um die Flaggenverordnung. — Die „Norge“ auf dem Fluge nach Spitzbergen.

Die erste Breche.

London, 5. Mai. Der Verkehrsstreik ist in ganz England gescheitert. Die Ost-West-Linie der Londoner Untergrundbahn führt von heute ab im 6-Minuten-Betrieb, statt wie normal im 4-Minuten-Betrieb. Auf den wichtigsten elektrischen Vorortbahnen von Nord-London nach der City wurde der Betrieb bereits gestern nachmittags wieder in regelmäßigen Zwischenräumen aufgenommen. Im kommunistisch durchsuchten Glasgow konnten gestern nachmittags bereits 21 Personenzüge nach allen Richtungen abgefertigt werden. Im sozialistischen Nordengland führen auf den wichtigsten Strecken 15 Personenzüge. Die Direktion der Nordostbahn in York macht bekannt, daß von ihrem Personal sich nur 61 Mann von einigen 50 000 im Ausstand befinden, und im wichtigsten nordenglischen Kohlengrubenort Hull lehnten die Eisenbahnbeamten und Arbeiter überhaupt den Eintritt in den Streik ab. Eine Entlassungsdrohung des Oberbürgermeisters von Portsmouth mit drei Stunden Gefängnis genügt, um das gesamte Personal der künftigen Straßenbahn und Omnibusse zur sofortigen Aufgabe des Sympathiestreiks zu veranlassen. Heute vormittag führen wieder Schnellzüge von London nach Derby, Manchester, Liverpool, Leeds und Schottland. Die Eisenbahngesellschaften erwarten, daß es möglich sein werde, heute bereits einen 90prozentigen Verkehr auf fast allen Linien durchzuführen.

Die englische Notzeitung „British Gazette“ ist heute nacht mit einer Auflage von 700 000 erschienen, die bis auf vier Millionen erhöht werden soll. Die großen Londoner Zeitungen haben ihre gestrigen abend angefordigte Absicht, heute früh keine Ausgaben zu veranstalten, nicht durchführen können. Starke Streikposten haben arbeitswillige Streik trotz starken Polizeiaufgebots an dem Betreten der Gebäude verhindert. Trotz der Besserung im Bahnverkehr hat London heute früh wieder ein eigenartliches Bild. Aus allen Vorstädten wand sich ein unübersehbarer Zug von Fahrzeugen aller Art nach der City. Wiederum mußten viele Tausende zu Fuß gehen. Die Telefon- und Postämter sind stark überlastet. Nüchtern macht sich jetzt der Mangel an Telefonen — London verfügt bekanntlich über sehr viel weniger Telefonanschlüsse als Berlin. In Newcastle wurde der Versuch gemacht, die Eisenbahnstationen zu stürmen. Der Versuch wurde jedoch durch das Eingreifen der Polizei verhindert. Auch wurde versucht, den Omnibusverkehr zu verhindern. Dabei wurde ein Kraftomnibus stark demoliert.

Gewalttaten gegen den Automobil-Verkehr.

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei. London, 5. Mai. Nachdem der gestrige Tag ohne Außerordentliches verlaufen war, kam es abends in den östlichen Vororten Londons zu Ausschreitungen. Autos und Lastwagen wurden vertrieben, teilweise von jungen Burken angehalten und die Anlassen gezwungen, anzuhalten. Als im Laufe des Abends die Polizei verstärkt wurde, nahm die Feindseligkeit an Heftigkeit zu. Die Polizei machte infolgedessen mehrere Verhaftungen mit Knütteln. Zahlreiche Personen wurden ins Hospital

gebracht. Den Ausschreitungen des Pöbels fiel ein sehr wertvolles Auto zum Opfer, das gänzlich zerstört wurde. In einem anderen Falle wurde ein Lastauto in Brand gesetzt und eine Feuerwehreinheit am Weiterfahren verhindert. Eine Autobroschüre wurde von der Menge über eine Brücke ins Wasser geworfen.

Wie die Pariser „Daily Mail“ ergänzend mitteilt, kam es am Tunnel von Blackwall zu schweren Ausschreitungen. Hunderte von Streikenden hielten am Ausgange dieses Tunnels alle Fahrzeuge an, die aus London kamen und mißhandelten die Fahrer, die sich ihren Weisungen widerten. Die Polizei trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander und brachte zahlreichen Streikenden schwere Kopfverletzungen bei.

Keine Verhandlungen vor Streikabbruch.

London, 5. Mai. Das neue Regierungsblatt „British Gazette“ hebt hervor, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Streik nicht so vollständig sei, wie seine Veranstalter gehofft hätten. Bevor der Generalkrieg von seinen Führern nicht aufgehoben werde, könne nichts geschehen, dies sei eine Bedingung, die jeder Wiedereröffnung von Verhandlungen vorausgehen müsse. (W. T. B.)

Freiwillige in riesigen Mengen.

London, 5. Mai. Die Regierung teilt mit, daß Freiwillige in riesigen Mengen ihrem Rufe Folge leisteten. Der Kanalverkehr zwischen Calais und Dover ist gestern mittag vermittels eines Passagierschiffes und zweier Frachtdampfer aufrechterhalten worden. Es wird geschätzt, daß in Hull 25 000 Arbeiter streiken. In Cardiff erschienen die Mittagsblätter. Die Passagiere des gestern aus Newport in Southampton angekommenen Dampfers „Mauretania“ wurden in Kraftwagen nach London befördert. In Liverpool haben zwei Kriegsschiffe Lebensmittel gelandet. In Bristol war der Straßenbahn- und Autobusdienst in vollem Gange. Auf dem Docks ruht die Arbeit, doch werden Vorkehrungen getroffen, um das Löschen leichtverderblicher Waren zu sichern. (W. T. B.)

Die deutschen Gewerkschaften und der Streik

Berlin, 5. Mai. Heute nachmittag werden die deutschen Gewerkschaften in Berlin zusammenzutreten, um zum Generalkrieg in England Stellung zu nehmen. Man hat erst jetzt die Tagung einberufen können, weil innerhalb der Bergarbeiterverbände und des Deutschen Transportarbeiterverbandes selbst Klarheit über die einzuschlagende Haltung geschaffen werden mußte. Innerhalb des Bergarbeiterverbandes haben die Beratungen bis spät in die Nacht hinein gedauert, so daß die Delegierten erst heute morgen aus dem Ruhrrevier abfahren konnten. Die Beratungen in Berlin sollen vor allem die Frage behandeln, welche Haltung die Gruben- und die Transportarbeiter in den deutschen Steinkohlenrevieren, nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch in Schlesien, einnehmen sollen, und ferner wird man sich wahrscheinlich damit beschäftigen, ob nicht die Streikenden in England durch Bereitstellung von gewerkschaftlichen Mitteln und durch Sammlungen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft Unterstützung in finanzieller Hinsicht gewährt werden kann.

Die polnische Krise.

Von Graf E. v. Fedtwick.

Als Graf Stramski von seiner Reise nach Prag und Wien, wo er sich billige Triumphe holte, nach Warschau zurückkehrte, erwartete ihn dort böse Kunde: die polnischen Sozialisten hatten eben am Tage zuvor ihr Wirtschaftsprogramm veröffentlicht, das in so scharfem Gegensatz zu dem des Finanzministers Rakichowski steht, daß ein Kompromiß im vornehmen unmöglich und das Ende der „Großen Koalition“ in Polen bereits sicher war, bevor die letzten verweirten Versuche zur Erhaltung der gegenwärtigen Regierungsmehrheit fehlgeschlagen. Mit dem Austritt der Sozialisten aus der Regierung war das Kabinett Stramski dann seiner Mehrheit beraubt und die Krise da, die abzuwehren sich alle Parteien so lange bemüht hatten. Eine Ueberwindung bildete diese nach allem, was vorangegangen war, weder für die Parteien noch für das Volk, ebensowenig allerdings die Art ihrer Lösung denn eine Lösung mußte gefunden werden, koste es was es wolle. Und darin waren die Parteien des Seins von allem Anfang an einig: lieber eine Lösung, die keine ist als eine Krise, die dann um jeden Preis gelöst werden muß. Mit Angst und Schrecken denken sie alle, von der äußersten Rechten bis zu den Sozialisten Willkürlich, an die kommenden Neuwahlen im November nächsten Jahres, von denen bei aller Ungewißheit eines bereits gewiß ist, nämlich, daß sie der jehian Herrlichkeit ein Ende machen und den Kommunisten und anderen radikalen Parteien einen gewaltigen Stimmengewinn bringen werden. Diesen gefährlichsten Augenblick schon jetzt herbeizuführen, wünscht niemand im Seim — also lieber weiter Kompromisse schließen, lieber aus den widersprechenden Entwürfen ein neues Regierungsprogramm zusammenbrauen, das wieder über einige Monate hinweghilft! Und der Staat? Der hat sich noch immer gehalten und wird sich auch jetzt helfen, denkt man im Seim und macht sich deshalb um den Staat keine Sorgen. Und wartet weiter auf den „starken Mann“, der wohl zur rechten Zeit kommen und Polen retten wird...

Als Grandseigneur strotzt in den Tag zu leben, und dann die sich häufenden Schwierigkeiten mit halben Mitteln oder gar nicht zu bekämpfen, war stets einer der Hauptfehler des polnischen Volkes, unter dem das alte wie das neue Polen viel zu leiden hatte. Auch diesmal sind es dieselben Ursachen, die den polnischen Staat in seine jehian Paae gebracht haben. Als die Ententemächte 1918/19 das neue Polen schufen, gaben sie dem jungen Staate große, durch deutsche, österreichische und russische Kulturarbeit wertvolle Gebiete, eine ansehnliche Stellung und ausreichenden Kredit, und überließen es der polnischen Republik, ihr Auskommen ebenso zu finden wie die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien. Als Polen dann zu den einst österreichischen und russischen Industriegebieten um Krakau und Lodz auch noch Oberschlesien erhielt, galt es mit Recht als eines der reichsten Länder Europas, und niemand in den Ententeländern zweifelte daran, daß es schon in wenigen Jahren eine achtunggebietende Stellung in der europäischen Wirtschaft einnehmen werde. Was aber geschah? Polen, Westpreußen und Galizien sind dank der polnischen Miswirtschaft heute um Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen, der polnische Kredit im Auslande ist vernichtet, was irgendwie verwertbar ist, ist verkauft oder verpfändet. Nur die Großmachtstellung, von der Polen träumte, blieb zum Teil erhalten dank der Opfer, die das Land hierfür brachte: eine ungeheure Heeresmacht mußte erhalten werden, und ein gewaltiger diplomatischer Apparat, dessen Umfang in keinem Verhältnis zu seinen Leistungen steht und der insbesondere dann als einseitig verlor, als die polnische Großmachtstellung den Kolonialkrieg mit Deutschland heraufbeschworen hatte und überlastet verabschiedet wurde für den verlorenen deutschen Absatzmarkt suchte. Anzwischen traf die Wirtschaftskrise im Innern so ziemlich alles, was die Inflation übrig gelassen hatte, und es Grabst, der Reformator der polnischen Finanzen, abtrat, war die Wirtschaft derart zerrüttet und der Außenhandel so gründlich zerstört, daß keine Möglichkeit bestand die „stabilisierte“ Währung zu halten. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern, die vordem von der Inflation heimgeheuchelt wurden und sich dann aus eigener Kraft oder mit fremder Hilfe eine neue Währung schufen, konnte Polen seine Goldwährung nicht halten, sondern mußte wiederum zur Ausgabe unbedeckter Noten seine Zuflucht nehmen. Erst der Plotonura hat dem Volke etwas die Augen geöffnet und die Gefahr abgeklärt, in der das Land schwebt, während die Parlamentsparteien um die besten Plätze an der staatlichen Futtertröge kritzeln und festsitzen. Daher die allgemeine Betriediuma über das Aufhandkommen der „Großen Koalition“ und der armenlose Optimismus, mit dem das Kabinett Stramski beauftragt wurde. Von den Fähigkeiten des neuen Ministerpräsidenten, von dem guten Willen seiner Mitarbeiter erwartete man alles nicht schien unmöglich, wenn die Koalitionsparteien wirklich zusammenarbeiteten.

Das Zusammenarbeiten der polnischen Parteien der Rechten und Linken bestand bekanntlich in einer völligen Unfähigkeit der Koalition, die am 10. Dezember zwar ein großes Finanz- und Wirtschaftsprogramm aufstellte, dann jedoch nicht die Kraft aufbrachte, dasselbe durchzuführen. Es blieb bei dem sogenannten Dezemberkompromiß, das die

Der Streit um die Flaggenverordnung.

Kabinettsitzung über die Flaggenfrage.

Berlin, 5. Mai. Heute vormittag kurz vor 11 Uhr ist das Reichskabinett zusammengetreten, um sich nach dem Einspruch der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten erneut mit der geplanten Flaggenverordnung des Reichspräsidenten zu befassen. Später wird auch der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zusammengetreten, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Reichspräsident v. Hindenburg ist heute in den ersten Morgenstunden von seinem Hamburger Besuch in Berlin wieder eingetroffen. Staatssekretär Meißner hat ihm am Vormittag über die Flaggenfrage Vortrag gehalten. Wie verlautet, beabsichtigt der Reichspräsident, zunächst das Ergebnis der Kabinettsitzung abzuwarten, ehe er eine weitere Schritt in dieser Angelegenheit unternimmt. (Z. N.)

Berlin, 5. März. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die heutige Sitzung der Reichsregierung das Ergebnis gehabt, daß das Reichskabinett an der beabsichtigten Flaggenverordnung festhalten will. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen worden. Man will erst die Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien abwarten, die um 1/2 Uhr im Reichstage beginnt und an der auch der Reichsmangel teilnehmen wird. Um 6 Uhr findet dann eine nochmalige Kabinettsitzung statt, in der die endgültige Entscheidung fallen soll. In demokratischen und in Zentrumskreisen hofft man, daß die Minister dieser Parteien ihren früheren Standpunkt in der Flaggenfrage revidieren

würden. Die Fraktionen der Demokraten und des Zentrums wollen, wie es heißt, von ihren Vertretern im Reichskabinett verlangen, daß sie künftig in Fällen von so grundlegender Bedeutung, wie es die Flaggenfrage sei, sich erst mit ihren Fraktionen in der Einvernehmen sehen, bevor sie von Amis wegen ihrer Botum abgeben. Nur bei Erledigung sogenannter laufender Geschäfte sollen die Minister freie Hand behalten.

Alle deutschen Missionen dafür!

Berlin, 5. Mai. Der Gedanke, der durch die Flaggenverordnung zur Ausföhrung gebracht wird, ist schon von früheren Kabinetten erwogen worden und alle deutschen Missionen im Auslande sind ohne Unterschied ihrer politischen Stellung für ihn eingetreten. Sie haben eine solche Maßnahme für nötig gehalten, um dem unbilligen Flaggenzwang ein Ende zu machen, der dem Ansehen des Deutschen im Auslande nicht gerade förderlich gewesen ist. Bei allen offiziellen Anlässen war in den deutschen Auslandskolonien zu beobachten, daß die Konsulate und Gesandtschaften die Reichsflagge lekten, während die Auslandsdeutschen entweder schwarz-weiße rote Fahnen zeigten oder überhaupt nicht flaggten. Dieser Zwischenfall soll durch die Flaggenverordnung beseitigt werden. Nach der Verordnung werden die deutschen Missionen neben den Reichsflaggen die Handelsflagge setzen und die Auslandsdeutschen werden ebenfalls die Donbelsflagge zeigen. Damit wird die Einheitslichkeit in der Flaggenfrage wieder hergestellt sein.